

Das Ministerium für Europäische Integration der Republik Kroatien

Petra Radić, Zagreb

Das Ministerium für europäische Integration ist im Jahre 2000 mit dem Ziel gebildet worden, die Republik Kroatien den Vorgaben und Strukturen in der Europäischen Union anzupassen. Im Ministerium arbeiten fünf Abteilungen (für die Anpassung der Rechtsordnung, für die Strategie der Integration, für die Koordination der Programme für Hilfe und Zusammenarbeit mit der EU, für Information und Ausbildung sowie für Übersetzung), in denen heute rund 130 zumeist jüngere Mitarbeiter mit Hochschulbildung tätig sind (das Durchschnittsalter im Ministerium beträgt 29 Jahre). Jede Abteilung arbeitet auf einem Gebiet, das sehr wichtig für die Anpassung des rechtlichen, wirtschaftlichen und institutionellen Rahmens der Republik Kroatien an die Europäische Union ist.

Die Abteilung für die Anpassung der Rechtsordnung koordiniert die Anpassung des Rechtssystems der Republik Kroatien an das Recht der Europäischen Union. Hauptaufgabe dieser Abteilung ist es daher, die Erarbeitung von Entwürfen der Rechtsvorschriften zu begleiten, die die staatlichen Organe in den Gesetzgebungsprozess einbringen. Jeder Entwurf, der Vorschriften der EU berührt, muss vor seiner Einbringung in den weiteren Gesetzgebungsprozess der Abteilung für Rechtsangleichung zur Stellungnahme darüber zugeleitet werden, ob die Vorschriften des Entwurfs dem *acquis communautaire* der Europäischen Union entsprechen. Um die erforderliche Übereinstimmung zu beurteilen, nutzt die Regierung der Republik Kroatien ein entsprechendes rechtliches Instrumentarium, das auch aus den anderen Ländern bekannt ist, die bereits erfolgreich die Annäherung und den Beitritt in die Europäische Union vollzogen haben: Eine Erklärung über die Vereinbarkeit und eine vergleichende Darstellung der Entsprechungen der einzelnen Vorschriften des Entwurfs und des *acquis communautaire*.

Beide Instrumente nutzt dasjenige Staatsorgan, das den Entwurf vorlegt bzw. für seine Ausarbeitung zuständig ist, wobei ihm die Abteilung für Rechtsangleichung fachliche und technische Hilfe leistet. Dabei ist es von besonderer Wichtigkeit, dass die Mitarbeiter der entsprechenden Staatsorgane bereits in der Anfangsphase in diesen Prozess der Ausarbeitung der Vorschriften einbezogen werden. Aus diesem Grunde arbeiten die Mitarbeiter des Ministeriums für Europäische Integration auch täglich mit den Mitarbeitern anderer Ministerien und Staatsorgane zusammen. Für die Zukunft ist eine weitere Intensivierung dieser Zusammenarbeit vorgesehen. Darüber hinaus vermittelt die Abteilung für Information und Ausbildung auch Kenntnisse der Geschichte, der Rechtsordnung und der Institutionen der Europäischen Union in ständigen Semi-

naren („Grundlagen der EU“, „Europarecht“, „Regionalpolitik der EU“).

Als Mitarbeiterin der Abteilung für Rechtsangleichung und eine von derzeit fünfzehn in dieser Abteilung beschäftigten JuristInnen (in dieser Abteilung arbeiten derzeit außerdem noch eine Ökonomin und ein diplomierter Ökologe) hatte ich bisher Gelegenheit, vorwiegend an der Angleichung der Arbeitsgesetzgebung der Republik Kroatien an die Vorschriften der Europäischen Union mitzuarbeiten.

Die Koordination der Ausarbeitung des Nationalen Programms zur Annäherung der Republik Kroatien an die Europäische Union ist durch Beschluss der Regierung Kroatiens dem Ministerium für Europäische Integration und insbesondere seiner Abteilung für Rechtsangleichung übertragen worden. Im Jahre 2003 ist daraufhin das erste Nationale Programm der Annäherung der Republik Kroatien an die Europäische Union ausgearbeitet worden. Die Abteilung für Rechtsangleichung führt halbjährliche Revisionen dieses Nationalen Programms auf elektronischer Grundlage durch, an dem alle Staatsorgane mitwirken. Das Programm ist im Internet zugänglich unter der Seite des Ministeriums (<http://www.mei.hr>).

Eines der wichtigsten Projekte des Ministeriums für Europäische Integration war im Jahre 2003 die Beantwortung des Fragenkataloges der Europäischen Kommission, den diese der Republik Kroatien übermittelt hatte, vier Monate nachdem Kroatien am 21. Februar 2003 in Athen den Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union gestellt hatte.

Im Laufe der Erarbeitung der Antworten für die Europäische Kommission hatte ich Gelegenheit, mit den Ministerien für öffentliche Arbeit sowie für Erneuerung und Bauwesen zusammenzuarbeiten im Bereich von „Regionalpolitik und Strukturplanung“. In Anbetracht dessen, dass die Republik Kroatien bis heute noch keine entwickelte und umfassende Regionalpolitik besitzt, ist davon auszugehen, dass dieser Bereich bald außerordentliche Bedeutung für die Republik Kroatien erlangt, wenn Kroatien demnächst Kandidat für die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union wird und wenn es in der Lage sein soll, auch die Mittel aus den Unterstützungsfonds der EU für die Beitrittskandidatenländer zu nutzen. Derzeit bereitet das Ministerium für öffentliche Arbeit eine Ausarbeitung zur „Nationalen Strategie der regionalen Entwicklung“ vor, wobei die Mitarbeiter des Ministeriums von auswärtigen Beratern im Rahmen des CARDS Programms unterstützt werden.

Zu den ständigen Aktivitäten von Mitarbeitern des Ministeriums gehören die Organisation und Mitwirkung an Seminaren und Arbeitsprojekten in Kroatien und im Ausland. Auch hatten Mitarbeiter des Ministeriums Gelegenheit, an Seminaren an der Juristischen Fakultät Split teilzunehmen. Ich bin dankbar für die Teilnahme an einem Seminar im Rahmen des Zentrums für deutsches, kroatisches, europäisches Recht und Rechtsvergleichung Split/Berlin, das Professor Roggemann organisiert und durchführt.

Mit finanzieller Unterstützung dieses Zentrums und des DAAD habe ich Berlin zu einem kurzen Studienaufenthalt besuchen können. Dieser Besuch an der Freien Universität Berlin sowie bei anderen Institutionen (dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sowie dem Bundesministerium für Justiz) und die dort gewonnenen Kenntnisse, Informationen und Arbeitskontakte sowie meine deutschen Sprachkenntnisse waren und sind wichtig für meine gegenwärtige und künftige Arbeit im Ministerium. Solche Arbeitskontakte können auch zur besseren Wahrnehmung Kroatiens im Ausland als Beitrittskandidat für die Europäische Union beitragen.

Ich bin dankbar für meinen Studienaufenthalt und hoffe, dass die Zusammenarbeit des Interuniversitären Rechtszentrums Split/Berlin und des Ministeriums für Europäische Integration, Zagreb fortgesetzt und weiter ausgebaut werden kann.

Petra Radić ist Mitarbeiterin des Ministeriums für Europäische Integration, Zagreb.

HERWIG ROGGEMANN/JENS LOWITZSCH
(Hrsg.)

**Privatisierungsinstitutionen
in Mittel- und Osteuropa, Einführungen,
Übersichten, Kommentare**

Berlin (Berliner Wissenschafts-Verlag) 2002,
428 Seiten, 46,- EUR